

Europäischer Pol Jean Monnet  
Universität Padua  
Lehrstuhl Jean Monnet "Politisches System der Europäischen Union"  
Analysegruppe *Konvent zur die Zukunft Europas*

---

Hintergrundbeitrag für die Mitglieder des Konvents – Zusammenfassung

Padua, 12. Mai 2003

Gemäß der Erklärung von Laeken und bezüglich der Prinzipien der Demokratie und des Geltungsdrangs der Studenten, möchten wir, als Studenten des *europäischen Lehrstuhls Jean Monnet der Fakultät Politikwissenschaften der Universität Padua*, unsere Vorschläge für die Zukunft der Union anbringen.

Wir haben festgestellt, dass die europäischen Völker und das reelle Gewicht der Parteigruppen, die am Europäischen Parlament teilhaben, im Europäischen Konvent nicht in zufrieden stellendem Maß vertreten sind. Wir unterstreichen dabei v.a. die Tatsache, dass das EP nur über eine minimale weibliche Komponente verfügt. Obwohl wir davon überzeugt sind, dass in die Niederschrift der zukünftigen Verfassung das Europa-Parlament oder eine verfassungsgebende Versammlung miteinbezogen werden sollte, haben wir die Einberufung des Konvents einer Konferenz zwischen den Regierungen vorgezogen.

Wir sind der Ansicht, dass das Prinzip, das beim Thema Unterstützung angewandt werden muss, funktionell und horizontal sein sollte, nicht territorial.

Was den Status der Charta der Grundrechte anbelangt, vertreten wir deren komplette Integration in den ersten Teil der zukünftigen Verfassung. Die Einrichtung und die Aktivierung eines speziellen Verfahrens im Bereich der Menschenrechte vor dem Gerichtshof halten wir für grundlegend.

Des weiteren schlagen wir die Aufstellung des zukünftigen Artikel 1 wie folgt vor: *"Europa weist den Krieg als Lösung der internationalen Kontroversen zurück und sieht den Frieden als Grundrecht aller Personen und Völker. Die Europäische Union trägt zum Aufbau einer friedlichen und demokratischen internationalen Ordnung bei; zu diesem Zweck fördert und begünstigt sie die Kräftigung und die Demokratisierung der UNO und die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit "*.

Wir schlagen vor, dass die Union über *eine einzige* juristische Person verfügen soll, und in der Definition ihrer Kompetenzen bekräftigen wir die Bedeutung der Zentralität des Prinzips der Unterstützung. Ebenso halten wir die Verwirklichung einer Synergie zwischen dem europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten für grundlegend.

Wir verlangen eine größere Verantwortung und Transparenz der EZB, die Zuschreibung einer relevanteren Rolle des EP bei der Mitgliederernennung ihres Exekutiv-Komitees und die Pflicht, die Protokolle zu veröffentlichen.

Wir fordern, dass die Ziele und strategischen Interessen der EU von der Kommission vorgeschlagen und vom EP, mit einfacher Mehrheit, und vom Rat der Union, mit qualifizierter Mehrheit, angewandt werden.

Wir schlagen vor, einen europäischen Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten zu ernennen, der Vizepräsident der Kommission sein soll. Des weiteren die Gemeinschaftlichung der zweiten Säule der EU.

Beim Thema der gemeinschaftlichen Verteidigung wünschen wir die Kräftigung der Rolle des EP; des weiteren die Errichtung eines europäischen Diplomatenkörpers und die Schaffung einer europäischen militärischen Polizeikraft, mit Rücksicht auf Artikel 52 der Charta der UN und mit dem Nachkommen zum Zwecke und mit den Prinzipien derselben.

Wir schlagen eine Reduktion der Rechtsmittel der Union von 15 auf sechs und die Namensabänderung der gesetzgebenden Instrumente vor. Es wäre von Bedeutung, eine Hierarchie der Normen zu definieren und den Mitentscheidungsverfahren in der Anwendung der legislativen Dokumente auszuweiten.

Wir vertreten die Definition einer gemeinsamen Einwanderungspolitik und die Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft.

Wir sind der Ansicht, dass die EU ihre Kompetenzen im sozialen Bereich mit Präzision durch Leitgesetze definieren muss. Dem EP sollte dazu Fähigkeit zur gesetzgebenden Initiative eingeräumt werden.

Übersetzung: Isabell Rüdts